

Mögliche erste Schritte zu einer Flüchtlingspolitik, die sich humanitär nennen dürfte

Für eine realpolitisch-parlamentarische Politik, die sich mit den in Freiburg lebenden Flüchtlingen solidarisch zeigen will, stellen die folgenden Punkte unserer Ansicht nach ein Minimalprogramm dar. Die Grünen können auf alle Punkte entscheidenden Einfluß nehmen, auf kommunaler und Landes-Ebene sind sie jeweils die größten Fraktionen. Politischer Wille zu und aktiver, öffentlicher Einsatz für die folgenden Punkte sind für uns notwendige Voraussetzung, um die Partei der Grünen in ihrem vielfach geäußerten Bekenntnis zu einer humanitären Flüchtlingspolitik ansatzweise ernstnehmen zu können. Bislang sind uns allerdings zu den meisten der folgenden Punkte keine Unterstützungsabsichten durch die Grünen bekannt.

1) Kommune: Weiterunterbringung trotz LEA

Den derzeitigen Plänen zufolge wird Freiburg ab der Einrichtung einer Landeserstaufnahmestelle (LEA) in Freiburg keine Weiterunterbringung von Flüchtlingen leisten. Damit entzieht sich Freiburg der Verantwortung, Flüchtlingen hier eine Perspektive bieten zu wollen. Außerdem wird eine längerfristige Unterstützung in Freiburg durch solidarische und ehrenamtliche Arbeit unmöglich gemacht.

Wer Flüchtlingspolitik als solidarische Unterstützung von Flüchtlingen und nicht als Abschiebepolitik versteht und Flüchtlingen in Freiburg eine dauerhafte Unterstützung zukommen lassen will, muss sich für eine dezentrale Weiterunterbringung von Flüchtlingen auch in Freiburg einsetzen. Andere Kommunen (z.B. Tübingen) haben sich jüngst dazu bekannt, trotz der dortigen Errichtung einer LEA die Weiterunterbringung fortzusetzen.

Es läge an der grünen Gemeinderatsfraktion, mit einer entsprechenden Initiative im Stadtrat sich für die Weiterunterbringung von Flüchtlingen in Freiburg auch nach Einrichtung der LEA einzusetzen. Dies ist problemlos möglich und scheitert bislang offensichtlich am fehlenden politischen Willen.

2) Land: Humanitäres Bleiberecht für Roma aus den Westbalkanstaaten

In Baden-Württemberg leben über 10 000 Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, von denen ein erheblicher Teil aus den Westbalkanstaaten nach Deutschland flüchtete, weil diese Menschen dort als Roma umfangreichen Diskriminierungen ausgesetzt sind. Die Kinder dieser Geflüchteten sind teilweise in Deutschland geboren und aufgewachsen, leben aber dennoch im Nicht-Status der Duldung.

Die Landespolitik inklusive Ministerpräsident Kretschmann und der grünen Landtagsfraktion argumentiert derzeit häufig, dass die Abschiebung dieser Menschen notwendig sei, um Platz für „richtige“ Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten zu schaffen. Die Ausspielung verschiedener Flüchtlingsgruppen gegeneinander und die Aufteilung in „richtige“ und „falsche“ Fluchtgründe ist das Gegenteil von flüchtlings-solidarischer Politik.

Ist es wirklich das Ziel der Grünen, all diese Menschen in den nächsten Jahren abzuschicken oder zur sogenannten „freiwilligen Ausreise“ zu zwingen? Es gibt reale Alternativen, für die sich die Grünen stark machen sollten. Wir fordern schon lange ein humanitäres Bleiberecht für Roma aus den Westbalkanstaaten. Dieses würde den oftmals seit vielen Jahren hier lebenden Menschen endlich einen sicheren Status und damit eine Perspektive bieten. Schließlich würde, auch wenn wir diese Argumentation ablehnen, damit sogar „Platz geschaffen“ für Flüchtlinge aus anderen Regionen.

Ein humanitäres Bleiberecht ist eine reale politische Möglichkeit. Bislang sind keine Initiativen der Grünen bekannt, dies politisch anstreben zu wollen. Stattdessen werden in den letzten Monaten so viele Menschen aus Baden-Württemberg abgeschoben wie seit langem nicht. Eine Fortsetzung dieser Abschiebepolitik, anstatt sich für ein humanitäres Bleiberecht einzusetzen, ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen, die in Freiburg und Umgebung eine neue Heimat zu finden hoffen.

3) Land und Kommune: Transparenz bei Abschiebungen

Seit einiger Zeit ist es in Baden-Württemberg zunehmend üblich, die Termine von Abschiebungen weder den konkret Betroffenen noch einer engagierten Zivilgesellschaft mitzuteilen. Verantwortlich dafür ist die Praxis des Regierungspräsidiums und der kommunalen Ausländerbehörden sowie des Innenministeriums des Landes Baden-Württemberg. So gilt als Grund für einen ausbleibenden Abschiebebescheid unter anderem eine bereits erfolgte sogenannte „Entziehung von der Abschiebung“, in der konkreten Praxis (Beispiel: Familie Ametovic) wird bereits das völlig übliche Rechtsmittel eines Asylfolgeantrags als eine solche Entziehung gewertet.

In den Freiburger Wohnheimen führt diese Praxis zu einer noch größeren Unsicherheit und vor Sammelabschiebeterminen zu Angst und Panik, da viele nicht wissen, ob er oder sie betroffen sein könnte. Die Zahl derer, die keinen sicheren Schutz vor Abschiebung haben, ist groß. Außerdem denken wir, dass ein zivilgesellschaftlicher Protest gegen Abschiebung möglich sein muss. Wenn Abschiebungen still und heimlich an unbekanntem Terminen durchgeführt werden, wird

dieses Recht auf Protest verwehrt.

Es fehlt offensichtlich bislang am politischen Willen der Grünen, entsprechend auf das Innenministerium einzuwirken, dass diese Praxis geändert wird und Abschiebetermine den Betroffenen sowie (abzüglich persönlicher Daten) einer engagierten Zivilgesellschaft mitgeteilt werden.

4) Land und Bund: Rücknahme der Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sogenannte „sicheren Herkunftsstaaten“

Was Kretschmann und andere Grüne prophezeiten, dass nämlich die Regelung aufgrund der sowieso schon verschwindend geringen Asylanerkennungsquote faktisch folgenlos bliebe, ist nicht eingetreten. Im Gegenteil: Die von den Grünen durchgesetzte Einstufung von Serbien und Mazedonien als sogenannte „sicheren Herkunftsstaaten“ hat eine massive Ausweitung von Abschiebungen insbesondere auch aus Baden-Württemberg in diese Länder zur Folge. Aus unserer täglichen Praxis sind wir permanent damit konfrontiert. Menschen werden bereits im Asylverfahren darauf hingewiesen, dass ihr Antrag ohnehin aussichtslos sei, oder sie werden dazu gedrängt, ohne Stellung eines Asylantrags wieder auszureisen, wie in letzter Zeit im Falle kosovarischer Staatsangehöriger geschehen. Weiterhin machte Kretschmann Schlagzeilen mit der gegen jede Idee von Flüchtlingssolidarität stehenden Forderung, die Asylverfahren nach Möglichkeit weiter zu beschleunigen und so den Druck auf die Geflüchteten noch zu erhöhen. Zudem wurde im letzten Winter, anders als in den Jahren zuvor, die Abschiebungen in die Westbalkanländer über die kalten Monate nicht ausgesetzt.

Die Einstufung dieser Staaten als „sicher“ zieht offenbar einen Legitimierungszwang nach sich, der sich auch auf andere Formen des Abschiebeschutzes und des Bleiberechts jenseits des Asylverfahrens auswirkt. Dies könnte sich zukünftig weiter verschärfen: Die Einstufung als „sicheren Herkunftsstaaten“ zementiert die Ablehnung von Asylanträgen als „offensichtlich unbegründet“ zum Regelfall, und dies wiederum kann z.B. über die geplante Neufassung des Aufenthaltsgesetzes zu weiteren schwerwiegenden Restriktionen für die Betroffenen führen. Im gesellschaftlichen Diskurs hat die Sichere-Herkunftsstaaten-Regelung eine zusätzliche Legitimierung der katastrophalen Abschiebepolitik zur Folge. Den ausgehandelten Kompromiss im Asylrecht halten wir für einen miesen Deal auf dem Rücken der Geflüchteten.

Wir fordern daher die Freiburger Grünen dazu auf, sich entschieden und öffentlich für eine Rücknahme der Einstufung einzusetzen.

5) Bund: Ablehnung der angestrebten Änderung des Aufenthaltsgesetzes

Der derzeit im Bundestag diskutierte „Gesetzentwurf zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“ enthält diverse Verschärfungen und neue Repressionsmechanismen für Geflüchtete. Insbesondere werden die Möglichkeiten, Flüchtlinge in Abschiebehaf zu sperren, enorm ausgebaut. Zukünftig soll z.B. ein Haftgrund schon die Identitätsverschleierung bei der Einreise sein, was aufgrund der europäischen Grenzsicherung praktisch eine Notwendigkeit zur Einreise als Flüchtling ist. Auch sollen Ausländerbehörden nach eigenem Ermessen Aufenthalts- und Wiedereinreisesperren verhängen dürfen. Diese Regelungen würden die gleichzeitig geplante stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung, die wir für sich genommen begrüßen, systematisch konterkarieren. Personen aus sogenannten "sicheren Herkunftsstaaten" und Personen, die unter die Dublin-Regelung fallen, wären von dem geplanten Gesetz besonders betroffen. Zudem werden die Persönlichkeitsrechte von Flüchtlingen durch die mangelnden Datenschutzbestimmungen in dem geplanten Gesetz verletzt.

Wir fordern die Grünen auf, sich auf Bundesebene gegen den derzeitigen Gesetzentwurf einzusetzen und für eine Rücknahme der Repressionsausweitung zu streiten.

6) Aus der flüchtlingssolidarischen Arbeit in Freiburg:

- *Konto.* Flüchtlinge müssen das Recht besitzen ein Konto eröffnen zu können. Es ist Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Oft scheitert die Ausbildungsplatzsuche daran, dass kein Konto existiert. Wir fordern deswegen die Abschaffung der geltenden Restriktionen und Einschränkungen und Verhandlungen mit dem Bundesfinanzministerium über eine entsprechende Anpassung der Regelung.
- *Mitarbeiter in St Christoph.* Ehrenamtliches und zivilgesellschaftliches Engagement darf nicht dazu führen, dass staatliche Strukturen zurückgefahren werden. Sie sind vielmehr Voraussetzung dafür. Ohne die Sozialarbeiterinnen in St.Christoph wäre das Engagement der Initiative Schlüsselmensch nicht denkbar. Wir fordern deswegen die Wiedereinstellung von Evelyn Plamper. Eine S6-Stelle als Erzieherin wäre ein denkbare Modell.

Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung info@freiburger-forum.net
Initiative Schlüsselmensch mitmachen@initiative-schluesselmensch.org